

## Systemtreue und Gewissen

Über den Psychiater Dr. Georg Müller

### *Einleitung*

53 Jahre hatte Dr. Georg Müller, bis zu seinem Tode am 7. Juli 1961 in Lemgo, im ehemaligen Land Lippe gelebt. Von 1908 bis 1946, also 38 Jahre, war er als Nervenarzt in der Lippischen Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus zu Brake bei Lemgo tätig gewesen. Doch kaum einer kennt seinen Namen, und noch nie wurde von offizieller Seite in Lippe gewürdigt, was er als einzelner an Widerstand gegen die Vernichtungsaktionen von psychisch Kranken und Geisteskranken während des Nationalsozialismus gezeigt hat. Müller stand – wie alle Anstaltsdirektoren – während des Euthanasieprogramms der Nationalsozialisten vor der Aufgabe, an der Selektion der Geisteskranken zur Tötung mitzuwirken. Er hat sich widersetzt, und er blieb standhaft trotz massiven Drucks.

Über die Gründe für das Vergessen kann man nur spekulieren. Die Anstalt Lindenhaus wurde 1951 geschlossen. Während in vielen psychiatrischen Anstalten der Umgang mit den psychisch Kranken im 'Dritten Reich' Ende der 70er und in den 80er Jahren aufgearbeitet wurde, gab es in Lippe kein Interesse an der Geschichte des Lindenhauses, weil dieses als Anstalt nicht mehr existierte. Müllers Standhaftigkeit zeigt auch, daß Widerstand selbst in einer staatlichen Anstalt möglich war. Aber wer wollte schon in den 50er und 60er Jahren an so etwas erinnert sein?

### *Das Lindenhaus – Werk der Fürstin Pauline*

Die Fürstlich Lippische Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus zu Brake war eine der weitsichtigen sozialen Errungenschaften, die Fürstin Pauline zur Lippe während ihrer Regentschaft von 1802 bis 1820 durchgesetzt hatte. Fürstin Pauline war die Regentschaft für das kleine Fürstentum nach dem Tode ihres Ehemannes Leopold I. übertragen worden, der infolge seiner geistigen Umnachtung einige Jahre unter Kuratel gestanden hatte. Aufgrund dieser persönlichen Erlebnisse schien ihr das Schicksal der geistig Kranken am Herzen zu liegen, die zu jener Zeit noch meist in Zucht- und Strafwerkhäusern zusammen

mit Kriminellen untergebracht wurden. Mit Ausdauer und Zielstrebigkeit trieb sie die Planungen voran, kümmerte sich persönlich um die Finanzierung, wobei sie sich darüber mit den Ständen entzweite, die die Staatseinnahmen eher für die „auswärtige kriegerische Konjunktur“ gebraucht wissen wollten. Das alles hat sie zwar zeitlich aufgehalten, aber sie erreichte letztlich, daß 'ihre' Heil- und Pflegeanstalt als Stiftung am 23. September 1811 die Tore für die Heilbaren und Unheilbaren öffnete.<sup>2</sup>

Durch immer neue Bauten war die Anstalt um die Jahrhundertwende größer als es für das Land Lippe notwendig war. Am 1.4.1906 wurde Dr. Wilhelm Alter aus Schlesien ärztlicher Direktor. Alter dürfte die für die Anstalt während der Zeit ihres Bestehens wesentlichsten Änderungen bewirkt haben. Er war der Meinung, daß die Betriebsverteuerungen durch Überweisungsverträge mit benachbarten Provinzen aufzufangen seien und ein größerer landwirtschaftlicher Betrieb für die Selbstversorgung eingerichtet werden müßte. Schon 3 Monate nach seiner Einstellung wurde das selbständige Kolonat Entrup mit 45 männlichen und 15 weiblichen Patienten in Betrieb genommen. Der ehemalige Niebuhrsche Hof wurde angekauft, 120 ha der Luher Heide von der Stadt Lemgo gepachtet. Das meiste war unkultiviertes Oedland, doch schon bei Kriegsausbruch 1914 war fast alles in hochwertigen Ackerbau-Kulturboden umgewandelt worden. Die Anstalt wies während des 1. Weltkrieges die geringste Sterblichkeit unter den deutschen Irrenanstalten auf.<sup>3</sup> Interessant ist, daß Alter in den Gebäuden, die durch den Auszug nach Entrup frei wurden, Handwerksstätten für Tischler, Schuhmacher, Schneider, Maler und Näh- und Handarbeitszimmer einrichten ließ. Die Patienten arbeiteten in diesen Werkstätten mit, d.h. die 'aktivere Krankenbehandlung', die später vorrangig mit dem Namen des Gütersloher Anstaltsleiters Hermann Simon verknüpft wurde, hatte auch in Lippe ihre Vorläufer.<sup>4</sup>

### *Herkunft und beruflicher Werdegang von Georg Müller*

In dieser Anstalt fing Georg Julius Müller, der 28 Jahre junge unverheiratete Arzt, am 7. Oktober 1908 an. Er war am 24. September 1880 in Bremen geboren worden, und seine Familie gehörte dort zum guten Bürgentum. Der Vater, Sohn eines Pastors, war Versicherungsmakler, seine Mutter entstammte einem Bäckereihaushalt. Nach bestandem Abitur im Oktober 1899 leistete er einen halbjährigen Militärdienst und studierte dann in Göttingen, Greifswald, München und Tübingen Medizin. Nach einer kurzen Tätigkeit als Medizinalpraktikant in Tübingen, wo er auch seine Approbation erhalten hatte, trat Müller im August 1905 eine Assistenzarztstelle in der Irrenanstalt St.Jürgenasyll in Ellen bei Bremen an. 1906 promovierte er an der medizinischen Fakultät Erlangen zu einem physiologischen Thema im Zusammenhang mit dem Diabetes.<sup>5</sup> Nach

abermaligem 6monatigen Militärdienst als Freiwilliger in Bremen und Flensburg ging er im Mai 1907 als Assistenzarzt an das Landeskrankenhaus Detmold. Auch hier blieb er nur kurz und wechselte im Oktober 1908 als Volontärarzt mit der Option auf die Oberarztstelle, die er auch wenig später bekam, an die Fürstlich Lippische Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus zu Brake bei Lemgo.<sup>6</sup> Im März 1912 wurde er in den Staatsdienst übernommen und heiratete kurz darauf die aus der Schweiz stammende Martha Jäger.<sup>7</sup>

Außer dem ärztlichen Direktor Wilhelm Alter und dem Oberarzt Georg Müller war als Abteilungsarzt noch Erich Friedländer tätig. Über die immerhin 8jährige Zusammenarbeit der drei Ärzte bis zum Weggang von Alter im Jahre 1922 ist wenig bekannt. Alter wurde zwar eine liebevolle Behandlung der Kranken nachgesagt, jedoch war er gegenüber dem Personal streng. Er duldete keinerlei Versäumnisse und Verstöße gegen die Anstaltsordnung und ahndete solche meist mit empfindlichen Geldstrafen. Alter und Friedländer waren beide politisch, z.T. berufspolitisch aktiv, Friedländer war zudem der ständige psychiatrische Sachverständige an allen lippischen Gerichten. Er bewarb sich auch gelegentlich auf andere Leitungsstellen. Müller hingegen engagierte sich eher karitativ und in der Kirchengemeinde. Zusammen mit seiner Frau Martha arbeitete er ab 1925 im Guttempler-Orden für Alkoholranke.<sup>8</sup> Wissenschaftlich interessiert waren alle drei, was zu etlichen Publikationen aus dem Lindenhaus führte.<sup>9</sup>

Nach dem Wechsel Alters an die Düsseldorfer Krankenanstalten bewarb sich Friedländer als Nachfolger, Müller hingegen nicht. Die lippische Regierung ließ den Posten des Direktors letztlich vakant, um die Anstalt billiger zu führen. Seit einer drohenden Schließung im Jahre 1920/21 sollte die Anstalt durch die verschiedensten Einsparungen vom Staatszuschuß unabhängig werden. Müller wurde die Vertretung des Direktors übertragen, Friedländer sollte ihn unterstützen. Die beiden Ärzte versorgten zusammen 400 Kranke, der finanzielle Ausgleich der Direktorialzulage wurde im Verhältnis 2/3 zu 1/3 geteilt. Zugleich erfolgte eine regelmäßige Kontrolle durch Hermann Simon, den renommierten ärztlichen Direktor der Gütersloher Provinzialanstalt. Die lippische Regierung versprach sich von den Revisionsbesuchen neue Anregungen bezüglich der Wirtschaftlichkeit, denn die westfälischen Anstalten hatten schon damals einen niedrigeren Pflegesatz als die lippische.

1927 wollte man den Posten des Direktors erneut besetzen. Müller hatte die Direktionsgeschäfte nun 5 Jahre lang in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit geführt. Sowohl Müller als auch Friedländer bewarben sich um die Leitung. Die lippische Regierung stand somit vor einer schwierigen Situation. Der Leiter der Fürsorgeabteilung, Dr. Corvey, bat Hermann Simon um eine offene vertrauliche Stellungnahme, wer von beiden geeigneter sei und ob man Friedländer dem dienstälteren Müller „vorsetzen“ könne. Simon äußerte sich klar und eindeutig:

Ich halte Friedländer an Regsamkeit und Zielsicherheit des Entschlusses dem anderen Kollegen für überlegen. Sicher ist Müller ein hochanständiger Charakter und ein Ehrenmann, auch als Arzt tüchtig, gewissenhaft, fleißig; aber eine Führernatur, wie sie doch ein Direktor eigentlich sein müßte, ist er nicht. Kommt er einmal in die Lage, sich gegenüber wirklich schwierigen Verhältnissen und Persönlichkeiten durchsetzen zu müssen – und damit muß bei jeder Anstalt einmal gerechnet werden – dann, fürchte ich, wird er nicht Sieger bleiben; zum mindesten wird ihn das sehr angreifen.

Das hat er wohl selbst gefühlt, als er sich für die Direktorenstelle in Lindenhaus und in Bremen nicht meldete. Denn beides ist kein Zeichen von Kraft, nicht einmal von Kraftbewußtsein, das doch im Menschen meist größer zu sein pflegt, als die wirkliche Kraft.

Ich würde es – ganz objektiv – für Unrecht halten, Friedländer lediglich deshalb von einem Avancement auszuschließen, weil man eine andere, schwächere Kraft schonen will. Nachdem Müller sich selbst nicht die Kraft zutraut, eine Anstalt mit voller eigener Verantwortung sicher zu führen und ihr Meister zu sein, muß er unter allen Umständen damit rechnen, daß ihm einmal eine stärkere Persönlichkeit vorgesetzt wird.<sup>10</sup>

In Alters offiziellem Beurteilungsschreiben für Müllers Bewerbung für den Direktorposten, las es sich so:

Er war in diesen langen Jahren [Alter schaut hier auf 14 Jahre gemeinsamer Arbeit zurück, J.M.B.] ein unbedingt zuverlässiger Mitarbeiter, unermüdlich im Dienst und jederzeit bereit, bei gegebenem Bedürfnis seine stets große Arbeitsleistung bis zum Äußersten zu steigern. Er war [...] vor allem ein guter Seelenarzt im besten Sinne des Wortes, stets aufrichtig bemüht und bestrebt, den Kranken über die ärztliche Leistung hinaus menschlich und freundschaftlich näher zu treten.<sup>11</sup>

Er empfahl ihn zu jeder Anstellung in der Krankenhausverwaltung.

Corvey reichte beide Bewerbungen mit einer persönlichen Stellungnahme weiter, in der er sich im wesentlichen auf Simons Gutachten stützte. Er erwähnte fairerweise Müllers Stärken, nämlich einen Anstaltsbetrieb technisch reibungslos zu leiten und daß er zweifellos ein tüchtiger Arzt sei, der sehr gut mit den Patienten und dem Personal umzugehen verstehe, jedoch sprach er sich letztlich für Friedländer aus.<sup>12</sup> Friedländer wurde ab dem 1. Juli 1927 zum Direktor ernannt. Georg Müller blieb nur eine finanzielle Sonderzulage, da die dritte Arztstelle weiterhin eingesparrt wurde.<sup>13</sup>

### *Der Nationalsozialismus in Lippe*

In den folgenden Jahren sah es in Lippe aus wie anderswo: Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, Massenarmut, Resignation und Hoffnung lagen eng nebeneinander, die politischen Krawalle und Schlägereien zwischen Rechts und Links nahmen zu. Die Nationalsozialisten wurden 1932 in den lippischen Kreis- und

Gemeindewahlen und in der Landtagswahl stärkste Partei. Bei der Reichstagswahl vom 6. November 1932 gab es für die NSDAP allerdings einen allgemeinen Rückschlag. Dieser setzte sich in einigen regionalen und lokalen Wahlen fort, so daß die NSDAP-Führung entschied, daß mit der lippischen Landtagswahl am 15. Januar 1933 die Talfahrt beendet werden müsse. Neben Hitler wurde die gesamte Elite der Agitatoren und Propagandaspezialisten nach Lippe beordert, selbst in den entlegensten Dörfern wurden Reden gehalten. Die lippische SA und SS wurde durch Kader aus Herford, Bielefeld, Minden, Rinteln und Paderborn ergänzt. Auch die anderen Parteien setzten Reichstagsabgeordnete im Wahlkampf ein, insgesamt wurden 800 Wahlkampfveranstaltungen gehalten. NSDAP und KPD attackierten die Sozialdemokraten, vor allen Dingen ihren populären Spitzenkandidaten Heinrich Drake. Die NSDAP wurde stärkste Partei mit 39,5 %, gefolgt von den Sozialdemokraten mit 30,2 %. Wichtiger als der Wahlsieg an sich war aber, daß die NSDAP den Blick der deutschen Öffentlichkeit auf die Lippe-Wahl gelenkt hatte. Der eigentlich bescheidene Wahlsieg wurde von der NSDAP als 'Volksentscheid' für die Reichspolitik umgedeutet.<sup>14</sup>

Trotz des spürbaren Klimas von Terror und Unterdrückung gab es auch in Lippe noch viele unverbesserliche Optimisten. Die Notverordnung nach dem Reichstagsbrand vom 28. Februar 1933 zum Schutze von Volk und Staat setzte die wichtigsten Grund- und Menschenrechte der Weimarer Reichsverfassung außer Kraft.<sup>15</sup> Aber viele glaubten, die Herrschaft der NSDAP werde nur von kurzer Dauer sein. Der 11. März 1933 wurde zum Markstein auf dem Weg Lippes in den totalen NS-Staat. SA- und SS-Horden gingen mit großer Gewalt gegen alle Andersdenkenden vor: Jüdische Geschäfte, die Volkshäuser der Gewerkschaften, die Turnhalle des Arbeitersportvereins, das Gebäude der kritischen Zeitung „Volksblatt“ wurden durchsucht und blockiert, ihr Chefredakteur Felix Fechenbach verhaftet, Rathäuser in Horn und Oerlinghausen besetzt, die Bürgermeister abgesetzt.<sup>16</sup> Am 26. und 27. März setzte dann in den lippischen Zeitungen eine Pressekampagne gegen die jüdische Minderheit in Deutschland ein. Am 28. März wüteten die Nazis in den jüdischen Geschäften.<sup>17</sup>

Noch bevor das Gesetz mit dem irritierenden Namen zur „Wiederherstellung des Berufsbesantentums“ vom 7. April 1933 in Kraft trat, wurde dem jüdischen Direktor des Lindenhauses Erich Friedländer lapidar am 27. März mitgeteilt: „Die Landesregierung hat beschlossen, Sie mir sofortiger Wirkung in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen.“<sup>18</sup> Weitere Gründe wurden nicht angegeben. Am 4. April 1933 bat Friedländer um Aufschub bei der Wohnungsräumung. Er zog zurück nach Wiesbaden, von wo er im Jahre 1914 gekommen war. Sein Besoldungsdienstalter und Dienstalder wurden reduziert; am 15. August wurde er mit 3/4 seines Ruhegeldes aus dem Staatsdienst entlassen, was wiederum nur knapp die Hälfte des Wartegeldes betrug, das er seit März 1933

bezogen hatte. Friedländer hat den Nationalsozialismus überlebt, da er wohl Anfang des Krieges mit seiner Familie nach Sidney, Australien, emigrierte.<sup>19</sup> Dort soll er als niedergelassener Psychiater in freier Praxis gearbeitet haben.<sup>20</sup>

### *Der Weg zum Direktor*

Obwohl Georg Müller das Lindenhaus zunächst wieder leitete und seit dem 1. Mai 1933 der NSDAP angehörte, wurde er nicht Erich Friedländers Nachfolger.<sup>21</sup> Die kommissarische Leitung wurde dem Kreisarzt und Medizinalrat Dr. Wilhelm Theopold aus Lemgo übertragen. Theopold war in der Irrenfürsorge weitgehend unerfahren und hatte zudem in der Inneren Abteilung des Lemgoer Krankenhauses eine Leitungsfunktion inne. In einem Schreiben an einen Parteigenossen in der lippischen Regierung formulierte Müller die Kränkung:

Wenn ich auch im Interesse der Neuregelung der Lippischen Fürsorge zu großen Opfern bereit bin, so kann mir billiger Weise nicht zugemutet werden, einer Regelung zuzustimmen, die nach dem Vorgang von 1927 [gemeint war die Bevorzugung Friedländers, J.M.B.] in der Öffentlichkeit für mich eine abermalige Degradierung bedeutet. Noch viel mehr fühle ich mich als berufener und einziger Vertreter der Irrenfürsorge in Lippe verpflichtet, gegen eine Regelung Einspruch zu erheben, die eine noch nie dagewesene Degradierung und Entwertung der irrenärztlichen Direktorialtätigkeit darstellen würde. Sie würde in der psychiatrischen Welt peinlichstes Aufsehen erregen und auch dem Ansehen unserer Partei schweren Schaden zufügen: denn mit der geplanten Regelung ist der immer wieder von unserer neuen Regierung betonte Grundsatz verletzt, daß für die Besetzung von Beamtenstellen die entsprechende Vorbildung selbstverständliche Voraussetzung bilden solle.<sup>22</sup>

Zudem befürchtete Müller, daß durch die Doppelführungsposition Theopolds er in seiner Dienstplangestaltung völlig von diesem abhängig und im Grunde genommen die Hauptlast der Arbeit auf ihm hängenbleiben würde.

Theopold war für die Nationalsozialisten nach kurzer Zeit untragbar, da er der Freimaurer-Loge „Rose am Teutoburger Wald“ nicht nur seit 1914 angehört und den höchsten Grad erreicht hatte, sondern erst im März 1934 ausgetreten war. Das Reichsinnenministerium hatte 1936/37 festgelegt, daß Personen, die nach dem 30. Januar 1933 aus einer Loge ausgetreten waren, von der Beamtenlaufbahn ausgeschlossen werden sollten.<sup>23</sup> Als man ihn als Assistenzarzt am Landeskrankenhaus Detmold weiterbeschäftigen wollte, ging er freiwillig im Oktober 1937 in Ruhestand.<sup>24</sup>

Müller begann nun um den Posten zu kämpfen. Er schrieb an die Regierung, daß er in der Anstalt wegen seiner deutsch-völkischen Gesinnung Schwierigkeiten gehabt und schon lange auf die strenge Durchführung antisemitischer Grundsätze geachtet habe. Er sei auch gegen die Einstellung des jüdischen Arztes Friedländer gewesen. Selbst Kleinigkeiten wie den mehrjährigen Bezug

verschiedener Blätter der Deutsch-Sozialen Partei, der Vorgängerin der NSDAP, erwähnte Müller, um seine Linientreue zu beweisen. Er meinte, daß nach 29jähriger Tätigkeit als Oberarzt, 7jähriger selbständiger Geschäftsführung sowie die bereits zweimalige Übergehung bei der Besetzung des Direktorpostens, ihm „das Anrecht auf den erstrebten Posten“ gewährt werden müsse.<sup>25</sup> Durch ein Empfehlungsschreiben des Gauamtsleiters Steinecke ließ er sich unterstützen:

Er ist mir seit langer Zeit bekannt und war vor der Machtergreifung Nationalsozialist seiner Denkungsart und seinem Handeln nach. Während der langen Berufstätigkeit ist Müller mehrmals zurückgesetzt worden. Die marxistische Regierung setzte ihm den Juden Dr. Friedländer als Vorgesetzten und die nationalsozialistische Regierung den Logenbruder Dr. Theopold als leitenden Arzt vor. Dr. Müller hat nunmehr eine Anerkennung seiner langen Lebensarbeit verdient. [...] Ich bitte den erfahrenen Arzt mit der Leitung zu beauftragen.<sup>26</sup>

Trotz einiger Anfechtungen von Parteigenossen aus der Anstalt, denen Müller nicht nationalsozialistisch genug war, wurde er ab dem 24. Dezember 1938 zum Direktor ernannt.<sup>27</sup> Ein angenehmes Weihnachtsgeschenk, doch die wahre Belastungsprobe stand Müller noch bevor.

#### *Aspekte der Nationalsozialistischen Gesundheits- und Rassenpolitik*

Lange vor den Selektionen an den Rampen der Konzentrationslager wurde in Deutschland über das menschliche Leben nach seinem Wert oder Unwert für die 'Volksgemeinschaft' nachgedacht. Kennzeichnend für die Nationalsozialisten war der radikale, offene Rassismus. Nazis, führende deutsche Psychiater und Bevölkerungswissenschaftler waren sich darüber einig, daß 'erbbiologisch Minderwertige' an der Fortpflanzung gehindert werden müßten, um das mindere Erbgut auszumerzen oder, wie es damals hieß, um die Deutschen 'aufzuarten'. Gerade in der geistig politischen Heimat der Psychiater, dem national gesinnten Bürgertum, waren rassistische, eugenische und sozialdarwinistische Vorstellungen weit verbreitet. Nach Meinung vieler Eugeniker hatte der 1. Weltkrieg 'kontraselektorisches' gewirkt, das heißt die Träger wertvollen Erbgutes waren dahingerafft worden. Die als minderwertig definierten Bevölkerungsgruppen waren nach dieser Auffassung überproportional in der Gesellschaft vertreten. Was war logischer, als die Fortpflanzung der 'Minderwertigen' einfach zu unterbinden?<sup>28</sup>

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ trat am 14. Juli 1933 in Kraft. Es konnte nur so früh verabschiedet werden, weil ein Entwurf für ein solches Sterilisierungsgesetz schon in der Weimarer Republik vorbereitet worden war.<sup>29</sup> Es war nicht mehr verabschiedet worden, aber es hatte ein breiter

gesellschaftlicher Konsens bestanden. So hatte z.B. der Central-Ausschuß der Inneren Mission, Träger großer Geistig-Behinderter-Einrichtungen, sich im Mai 1931 in der Treysaer Erklärung „Eugenik und Wohlfahrtspflege“ dafür ausgesprochen, daß Sterilisierung Behinderter nicht als Körperverletzung im strafrechtlichen Sinne zu bewerten sei. Allerdings wurde Euthanasie, der sogenannte Gnadentod für unwertes Leben, ausdrücklich abgelehnt.<sup>30</sup> Aufgrund der Wirtschaftskrise und des Sozialabbaus war eine Diskussion entfacht worden, wie der Staat die Soziallasten verringern könne. Das Erbgesundheitsgesetz – korrekter ist es, von einem Zwangssterilisierungsgesetz zu reden – legte fest, daß auch gegen den Willen der Betroffenen Sterilisierungen durchgeführt werden konnten, wenn ärztlicherseits folgende Diagnosen gestellt wurden:

1. Angeborener Schwachsinn,
2. Schizophrenie,
3. zirkuläres (d.h. manisch-depressives) Irresein,
4. Epilepsie,
5. erblicher Veitstanz,
6. erbliche Blindheit,
7. Taubheit,
8. schwere körperliche Mißbildungen,
9. schwerer Alkoholismus.

‘Erbkrankheitsverdächtige’ mußten von allen im Gesundheitswesen und der Sozialfürsorge Tätigen an die Amtsärzte der neu geschaffenen staatlichen Gesundheitsämter gemeldet werden. Hier wurden die Recherchen über den ‘Verdächtigen’ koordiniert, die Betroffenen letztlich vorgeladen und das Ergebnis in einem amtsärztlichen Gutachten zusammengefaßt. Der Antrag auf Sterilisierung wurde meist vom Amtsarzt oder von den Leitern der Heil- und Pflegeanstalten gestellt. Das Gesetz sah ferner die Antragsstellung durch die Betroffenen oder bei Entmündigung durch Angehörige vor. Die ab Januar 1934 geschaffenen ‘Erbgesundheitsgerichte’ entschieden letztlich, ob der Betroffene zu sterilisieren sei. Den Erbgesundheitsgerichten gehörten ein Richter und zwei Ärzte an, wovon zumindest einer Psychiater war und einer der Ärzte verbeamtet sein mußte. Die Machtfülle der Ärzte erreichte durch diese Verfahren ein bis dahin unbekanntes Ausmaß.

Das, was staatliche Gesundheitsämter in den Städten und Landkreisen werkstelligten, fand kurz darauf seine Entsprechung auf bezirklicher Ebene in den Heil- und Pflegeanstalten. Die Anstaltsärzte hatten sich wie keine andere im Gesundheitswesen tätige Gruppe schon in den 20er Jahren für ‘erbgewissenische Maßnahmen’ engagiert. In den Heil- und Pflegeanstalten des Deutschen Reiches lebten 200.000 chronisch psychisch Kranke und geistig behinderte Menschen. Auch sie mußten ‘erbgewissenheitlich’ erfaßt und überprüft werden, inwieweit eine Sterilisierung angebracht war. Zudem wurden ‘Erbver-

dächtige' zur Begutachtung in die Anstalten zwangseingewiesen und bis zur endgültigen Entscheidung festgehalten. Die Erfassungsmittel und -methoden wurden aufs engste mit den Gesundheitsämtern verzahnt. Mit Absegnung des Deutschen Gemeindetages entstand im Februar 1936 die „Zentrale für die erbbiologische Bestandsaufnahme in den Heil- und Pflegeanstalten“. Die exponiertesten 'Rassepsychiater' der großen Anstalten der Provinzialverbände avancierten unter der Regie des Leiters dieser Zentrale, Walter Stemmler, zu „Landesobmännern für die erbbiologische Bestandsaufnahme“. Aus diesem Kreis ging später der harte Kern der Tötungsärzte und -gutachter der „Reichsarbeitgemeinschaft der Heil- und Pflegeanstalten“ hervor.<sup>31</sup>

### *Erbbiologische Erfassungsmaßnahmen und Sterilisationspraxis im Lindenhaus*

Da Lippe ein eigenständiges Land mit einer eigenen Heil- und Pflegeanstalt war, wurde auch diese zur „Landeszentrale für die erbbiologische Bestandsaufnahme“. Die Verhandlungen wurden streng vertraulich geführt und lassen sich bislang noch nicht genau rekonstruieren. Im März 1938 verfaßte Müller ein Schreiben an die Landesregierung, in dem er darlegte, daß der Anstaltsleiter nicht der Landesobmann werden könne, weil die Anstalt dann führerlos sei. Müller wollte die Besetzung der im Stellenplan vorgesehenen dritten Arztstelle erreichen, wobei dieser Assistenzarzt dann auch den Posten des Landesobmannes ausfüllen sollte. Die Einwände nützten Müller nichts. Er verlor sogar den in der SA engagierten und im Lindenhaus gut eingearbeiteten Oberarzt Dr. Runte, da dieser eine militärische Laufbahn vorzog. Zwar wurde die dritte Arztstelle noch einmal kurzfristig besetzt, jedoch wurden beide Ärzte mit Kriegsbeginn eingezogen, und Müller mußte letztlich die Funktion des Landesobmannes der erbbiologischen Zentrale neben all den anderen Anstaltsverpflichtungen allein übernehmen.<sup>32</sup>

Wie die meisten seiner ärztlichen Kollegen dieser Zeit stand auch Georg Müller hinter den rassehygienischen Maßnahmen der Nazis. Ab dem 16. Dezember 1939 wurde er stellvertretender Beisitzer am Erbgesundheitsgericht in Detmold.<sup>33</sup> Die ihm aus dem Sterilisierungsgesetz zufallenden Aufgaben führte er gewissenhaft aus. Einzelne Patientenakten, die mittlerweile aus dem Krankenaktenbestand des Lindenhauses zugänglich sind, zeigen, daß Müller nachweislich bis 1944 seiner Verpflichtung, Erbkrankte zu melden bzw. den Antrag auf Sterilisierung zu stellen, nachgekommen ist. Dabei scheint er, gründlich und korrekt wie er war, Spielräume des Gesetzes im Negativen wie im Positiven ausgelotet zu haben. So dachte er beispielsweise im vorhinein über mögliche Argumente nach, die die Betroffenen gegen eine Zwangssterilisierung vor-

bringen würden. In seinem Gutachten legte er dem Gericht dar, wie diese zu bewerten seien:

Die Diagnose kann nur auf einen akuterem Schub bei schizophrener Anlage lauten. Frau F. steht erst im 37. Lebensjahr, sie fällt demnach unter das Gesetz zur Verhütung des erbkranken Nachwuchses. Da der Zustand der Kranken sich in letzter Zeit gebessert hat und mit einem baldigen Beurlaubungsversuch zu rechnen ist, wird vorsorglich schon jetzt der vorgeschriebene Antrag auf Unfruchtbarmachung gestellt. Nach der von beiden Eheleuten glaubwürdig gegebenen Versicherung scheint aber aus irgend einer krankhaften Abwegigkeit ein fruchtbarer Geschlechtsverkehr zwischen ihnen nicht mehr stattfinden zu können. Sollte das Gericht dieser Erklärung der Eheleute Glauben schenken, so wäre die vom Gesetzgeber für die Unfruchtbarmachung vorausgesetzte „große Wahrscheinlichkeit“ der Erwartung erbkranken Nachwuchses nicht vorhanden.<sup>34</sup>

In einem solchen Fall sah das Gesetz die Möglichkeit vor, daß auf die Sterilisierung verzichtet wurde. Müller allerdings war der Meinung, daß die Frau auf jeden Fall sterilisiert werden müsse. Durch seine Argumentation im Antrag versuchte er dafür zu sorgen, daß ein Widerspruch des Ehepaares erfolglos bleiben würde. Das Erbgesundheitsgericht bemühte einen Frauenarzt. Da dieser trotz einer Lageveränderung der Gebärmutter nicht ausschließen mochte, daß Paula F. ein weiteres Mal schwanger werden könnte, beschloß das Gericht die Sterilisierung und folgte damit Müllers Antrag.

Während andere Anstaltsleiter in den Kriegsjahren immer seltener Anträge auf Sterilisierung stellten, allenfalls die Erbverdächtigen anzeigten, tat Müller beides. Gleichzeitig finden sich aber auch Belege, daß Müller den einzelnen Fall abwägte. Ein Verhalten, das während des Nationalsozialismus äußerst selten war, stand doch das vermeintliche Wohl des Staates und des 'Volkskörpers' über allem.

In einem Fall war ein Kranker wegen Arbeitsdienstverweigerung in die Mühlen von Justiz, Strafvollzug und Psychiatrie geraten. Obwohl das Erbgesundheitsobergericht den Widerspruch gegen die Sterilisierung verworfen hatte, antwortete Müller auf wiederholte Anfragen des Gesundheitsamtes Lemgo, daß der schlechte Gesundheitszustand die Sterilisierung nicht zulasse. Durch das Kriegsende wurde diesem Menschen die Sterilisierung ganz erspart.<sup>35</sup> In einem weiteren Fall, der sich vor dem Erbgesundheitsgericht Bielefeld abspielte, riet Müller, von der Sterilisierung abzusehen. Der Vater solle gut auf die ohnehin als besonders kontaktscheu geltende Tochter aufpassen, so daß es zu keiner Schwangerschaft käme. Das Gericht folgte dieser Sichtweise.<sup>36</sup>

Insgesamt wurden in Lippe fünf Krankenhäuser ermächtigt, Zwangssterilisationen durchzuführen: das Landeskrankenhaus Detmold, das städtische Krankenhaus in Lemgo, das Lindenhaus und die städtischen Krankenhäuser in Lage und Schötmar.<sup>37</sup> Für die Jahre 1934 bis 1939 gibt es aus der Heil- und Pflegeanstalt lückenlose Angaben darüber, daß 150 Patienten und Patientinnen

zwangssterilisiert wurden. Sabine Hanrath hat herausgearbeitet, daß dies im Vergleich zu anderen Anstalten relativ wenig ist, wobei sie dieses auf die Altersstruktur der Patienten zurückführt. Nur ein Drittel gehörte während jenen Jahren der Altersgruppe der 20- bis 40jährigen an.<sup>38</sup> Über die Anzahl der Zwangssterilisationen in den Kriegsjahren müssen die Fakten noch recherchiert werden.

### *Die Meldebogenaktion und ihre Folgen*

Die Unmenschlichkeit der Erb- und Rassenpflege fand ihre Steigerung in dem, was als 'T4-Aktion' bezeichnet wird. Die Tarnbezeichnung „Organisation T4“ stand für die Berliner Adresse „Tiergartenstr. Nr. 4“. Dahinter verbarg sich eine Mordbehörde mit verschiedenen Unterorganisationen für die Vernichtung psychisch und geistig kranker Menschen. T4 war als ein Konglomerat sich wandelnder staatlicher und quasistaatlicher Institutionen organisiert. Die „Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten“ suggerierte die angeblich freiwillig vollzogene Zentralisierung des Anstaltswesens. Die „Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege“ besorgte als juristische Person Kauf- und Pachtverträge für die Institutionen des Tötens und hielt die Arbeitsverträge der 300 bis 400 Personen, die in die Aufgabenerfüllung involviert waren. Die „Gemeinnützige Kranken-Transport-GmbH“ führte die Verlegungen durch, und die „Zentralverrechnungsstelle Heil- und Pflegeanstalten“ steuerte die Kosten- und Finanzprobleme, die mit dem Tod der Anstaltspfleglinge verbunden waren.<sup>39</sup>

Die T4-Aktion begann ganz harmlos. Am 18. Juli 1940 bekam das Lindenhäus, wie alle psychiatrischen Anstalten, Alters- und Siechenhäuser insgesamt 600 Meldebögen mitsamt einem Merkblatt mit Schreiben vom 1. Juli zugesandt. Offiziell dienten diese der „planwirtschaftlichen Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten“. Für jeden einzelnen Kranken sollte ein Bogen bis zum 1. September 1940 ausgefüllt werden, wobei umfassend persönliche Daten, die Krankheitsentwicklung, ihre Dauer und die Fähigkeiten des Kranken abgefragt wurden.<sup>40</sup>

Etwa zwei Wochen später erkundigte sich bei Müller fernmündlich der leitende Psychiater Dr. Karsten Jaspersen aus der Westfälischen Diakonissenanstalt Sarepta in Bethel, ob dieser den Zweck der Meldebögen kenne. Bei dem nachfolgenden Besuch am 22. Juli klärte er Müller darüber auf, daß die Geisteskranken nach diesen Angaben für die Vernichtung ausgesucht würden. Die letztendliche Auswahl traf die Zentralstelle in der Berliner Tiergartenstr. Die Ermordung erfolgte in einer der sechs psychiatrischen Anstalten, die eigens zu Tötungsanstalten umgewandelt worden waren. Jaspersen stellte Müller einen schriftlichen Bericht über seine Informationen zur Verfügung. Jaspersens Ein-

schätzungen wurden Müller von dem Freund und Psychiater Dr. Max Thumm aus Baden bestätigt. Dort war die T4-Aktion schon viel weiter fortgeschritten.<sup>41</sup>

Am 6. August sandte Müller an die Lippische Landesregierung seine Empfangsbestätigung der Formulare:

Wie ich inzwischen erfahren habe, sollen diese Meldebögen als Unterlagen zur „Ausmerzungs“ der Mehrzahl unserer Anstaltsinsassen dienen. Da eine solche mir zugedachte Mitwirkung nach § 49 ff des geltenden Strafrechts unter Strafe gestellt ist und da ich sie vor meinem Gewissen und meiner Berufs-Auffassung nicht würde verantworten können, muß ich die Ausfüllung der Meldebögen ablehnen.<sup>42</sup>

Mit diesem Schreiben an die Regierung hatte Müller irrtümlicherweise den Dienstweg beschritten. Da die Bögen vom Ministerium gekommen waren, hätte er sein Antwortschreiben sofort dorthin senden müssen. Da aber ansonsten alles über die Fürsorgeabteilung der Regierung als vorgesetzter Behörde des Lindenhauses lief, dürfte sich Müller nicht allzu viel dabei gedacht haben. Müllers Schreiben war durch den offenen Geschäftsgang in der Regierung vielen bekannt geworden. Keiner hatte von diesen Vorgängen etwas gewußt, und man war darüber so entsetzt, daß man meinte, auch der Führer wisse nichts von der Aktion. Die Regierung wurde jedoch eines Besseren belehrt.<sup>43</sup>

Bei mehrmaligen Vorladungen zur Regierung verwies man den widerspenstigen Müller auf seine Beamtenpflicht. Da man um Müllers religiöse Bindung wußte, versuchte man, ihn mit dem Hinweis zu überzeugen, daß selbst der Vorsitzende des Zentralverbandes der Inneren Mission in Bremen, Pastor Frikke, nichts gegen die Mitwirkung seines Verbandes an der Aktion einzuwenden habe. Müller recherchierte mit Hilfe seine Bremer Verwandten und fand heraus, daß das so nicht stimmte. Wenn auch von der Inneren Mission ein gewisses Entgegenkommen gezeigt worden war, war er der Meinung, daß die Stellung der Inneren Mission für ihn nicht maßgeblich sein könne. Zeitweise suchte er nach verzweifelten Auswegen, eine gewisse Mitarbeit der Anstalt vorweisen zu können. Er war froh, als Oberin und Oberpfleger des Lindenhauses zumindest die Wertigkeit der Kranken auf den Krankenakten vermerken wollten. Sie teilten zwar seine Position, waren aber der Meinung, man könne die vorgesetzte Behörde nicht völlig vor den Kopf stoßen.<sup>44</sup>

Zu einer weiteren Besprechung erschienen am 24. April 1941 im Lindenhaus der Gauamtsleiter Beyer aus Münster und der NSDAP-Kreisleiter und stellvertretende Regierungschef Wedderwille. Sie versuchten Müller durch die Information einzuschüchtern, daß der Gauleiter Dr. Meyer sehr ungehalten sei, da das Lindenhaus als einzige Staatsirrenanstalt die Mitwirkung hartnäckig verweigere. Nach der Darlegung seiner religiösen Einwände gegen die Mordaktion schlugen Wedderwille und der Vertreter der Gauleitung Müller vor, daß er sich das Kirchenlied „So nimm denn meine Hände“ dergestalt vorstellen solle, daß der Führer ihn leiten würde. Müller blieb bei seiner Haltung, so daß

für die Vertreter der NSDAP klar war, daß er sein Amt nicht behalten konnte. Man einigte sich, daß Müller in Ruhestand gehen solle, wobei er seinerseits anbot, weiterhin als Arzt in der Anstalt tätig zu sein. Offiziell sollten gesundheitliche Gründe geltend gemacht werden, die eigentlichen Auseinandersetzungen durften nicht benannt werden.<sup>45</sup>

In diesem Dreivierteljahr sind zwischen der Regierung und Müller viele Schreiben hin- und hergegangen. Die von Müller beeindruckten durch ihre Akribie, mit der er seine Argumentation vorträgt. Seine schriftlichen Äußerungen stimmte er meistens mit Rechtsanwalt Tölle aus Detmold ab, dem er wohl sehr vertraute und der ihn manchmal zur Vorsicht mahnte. Seine Wahl zwischen der Verpflichtung aus dem Diensteid und dem Beamtenstatus war eindeutig. Nach seinem Diensteid hatte er „nach bestem Wissen und Gewissen für das Wohl der anvertrauten Kranken besorgt zu sein“. Es reichte ihm nicht, sich auf eine legalisierte Anordnung höherer Dienststellen zu berufen und somit formell von jeder Verantwortung frei zu sein. Er, der nach strengen Normen sein Leben zu gestalten bestrebt war, sah das an Gott gebundene Gewissen als oberste Instanz.<sup>46</sup>

Zu den berührendsten Dokumenten in diesem Kampf gehören die Briefwechsel mit seinem Schwager Richard Rüdnick in Bremen, dem Mann seiner Schwester Hannah. So schreibt er Richard, der ihm geraten hatte, diesen ungleichen Kampf aufzugeben, am 13. August 1940:

Ich kann Deine Auffassung nicht teilen, daß man nur dann kämpfen soll, wenn man ein Luther ist oder sich an einen solchen anlehnen kann. Es gibt auch bescheidenere Rollen, die von irgendjemandem übernommen werden müssen. Ich stimme Pastor Ewerbeck zu, der uns heute sagte, als Martha und ich ihn besuchten: 'wir müssen uns Gott dafür verantwortlich wissen, ob und was wir in dieser Sache tun.' Einem Parteigenossen würde ich das Wort von Hitler anführen 'Wer irgendwo Mängel sieht und nicht nach Kräften um Abhilfe bemüht ist, ist entweder feige oder dumm oder schlecht.' [...] Es muß nur schnell etwas geschehen.<sup>47</sup>

Am 7. Mai 1941 suchte er um seine Versetzung in den dauerhaften Ruhestand nach. Diesem offiziellen Schreiben fügte er ein persönliches an Kreisleiter Wedderwille bei. Er ging auf Vorwürfe Wedderwilles ein, z.B. mit Personen seines Vertrauens gesprochen zu haben. Er hielt ihm vor, daß Wedderwille selbst empfohlen hatte, mit der Inneren Mission in Bremen und den Betheler Anstalten in Kontakt zu treten.<sup>48</sup> Wedderwille konterte:

Ich muß auch noch einmal eindeutig darauf hinweisen, daß Sie lediglich als Beamter der Landesregierung gebeten worden sind, einen Fragebogen, welcher vom Reichsminister des Innern ausgegeben worden ist, auszufüllen. Die Erörterung weiterer Fragen ist lediglich durch Ihr unverständliches Verhalten veranlaßt worden.<sup>49</sup>

Wenn man Müllers akribisch ausgearbeitete Schriftstücke, die gründlich redigierten Manuskripte, Zeugnisse und Gutachten betrachtet, kann man ermessen, was seine handschriftlichen Randbemerkungen wie, daß es sich um 'ein Verbrechen handele' oder daß hier 'eine unglaubliche Verdrehung der Tatsachen' vorliege, bedeuten. Er war zutiefst beunruhigt und empört. Auch die amtliche Drohung, daß eine Kommission aus Berlin die Meldebögen ausfüllen würde, beugte ihn nicht.<sup>50</sup> Am 21. August 1941 wurde Müller in den Ruhestand versetzt und zugleich weiterbeschäftigt; am 31. Dezember 1942 wurde er sogar formal wieder als 'Beamter auf Widerruf' und Direktor in den Dienst gestellt.<sup>51</sup> Jedoch war sein Bruch mit dem System vollzogen, er hatte die Nazis durchschaut. Daran konnte auch eine Wiedereinstellung nichts ändern. Das wird beispielsweise deutlich in einer Anmerkung zu einer Passage aus Hitlers *Mein Kampf*.

Adolf Hitler:

Ein Mensch, der eine Sache weiß, eine gegebene Gefahr kennt, die Möglichkeit einer Abhilfe mit seinen Augen sieht, hat die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, nicht im „Stillen“ zu arbeiten, sondern vor aller Öffentlichkeit gegen das Übel auf- und für seine Heilung einzutreten. Tut er das nicht, dann ist er ein elender pflichtvergessener Schwächling, der entweder aus Feigheit versagt, oder aus Faulheit und Unvermögen.

Müller: „Und was macht man mit uns, wenn wir danach handeln wollten?? Konzentrationslager – 25. März 1942.“<sup>52</sup>

Im Mai 1941 müssen zwei Ärzte aus der T4-Zentrale in Berlin im Lindenhaus gewesen sein, um die Meldebögen selbst auszufüllen.<sup>53</sup> Der 60seitige Bericht dieser Kommission ist bislang nicht auffindbar. Im Bundesarchiv in Koblenz finden sich lediglich Auszüge und die Anmerkung, daß der Bericht „verschollen“ sei. Erhalten sind allerdings einige Notizen. So stellte Kreisleiter Wedderwille Müller gegenüber der Kommission als unentschlossen und weich dar. Um die Probleme endgültig zu lösen, schlug er vor, die Anstalt an den Provinzialverband zu übergeben. Vermutlich war Wedderwille der Auffassung, daß das Lindenhaus unter der Verwaltung eines mächtigen staatlichen Trägers endlich nicht mehr aus der Reihe tanzen konnte.<sup>54</sup>

In einigen Krankenakten wurde mittlerweile eine spätere Version ausgefüllter Meldebögen aus dem Jahre 1943 gefunden. Nachweislich sind die Betroffenen entlassen und nicht deportiert worden. Die Beschreibung der Kranken entspricht dem Wortlaut in den Krankenakten. Die Bögen sind mit dem Stempel des Lemgoer Amtsarztes Dr. Czerlinsky, mit dem Zusatz, 'in Vertretung' und 'kein Facharzt' unterzeichnet. Sie weisen keine persönliche Unterschrift auf. Wer diese Bögen zu welchem Zweck 1943 ausgefüllt hat, kann derzeit nicht endgültig beantwortet werden. Vielleicht sind diese Bögen im Rahmen der allgemeinen Meldepflicht für psychisch Kranke ab Dezember 1942 ausgefüllt

worden. Vielleicht wurden sie aber auch ausgefüllt, um sehr wohl Patienten des Lindenhauses im Rahmen der weiteren reichsweiten dezentralen Euthanasie-maßnahmen zu deportieren und aus irgendwelchen noch unbekannten Gründen ist dies nicht erfolgt. Ebenso finden sich in etlichen Krankenakten Müllers Gutachtenentwürfe für die Zwangssterilisierungen. Er hat sie häufig auf die Rückseiten der Meldebögen, die er 1940 zugesandt bekommen hatte, geschrieben.<sup>55</sup> Das Unrecht der Tötung wehrte er ab. Das Unrecht der Sterilisierung bereitete er auf den Formularen vor, die der Selektion zur Tötung hatten dienen sollen. Vermutlich gibt es außer Papiermangel während des Krieges keine andere Erklärung für die Nutzung der Bögen.

Auch wenn wahrscheinlich niemand aus dem Lindenhaus deportiert wurde, starben in dieser Zeit ab 1941 viele Patienten an Mangelerscheinungen, Lungenentzündung und TBC. Bei dem jetzigen Kenntnisstand der Aktenlage kann man davon ausgehen, daß wahrscheinlich keine spezielle Hungerkost verabreicht und nicht mit speziellen Medikamenten zu Tode gespritzt wurde, was in den meisten anderen Heil- und Pflegeanstalten geschah. Durch diese dezentralen Euthanasie-maßnahmen kamen im ganzen Reich abermals Tausende von Geisteskranken um. Allerdings wurden aus dem Lindenhaus Patienten in ihre Herkunftsregionen zurückverlegt, weil beispielsweise Platz geschaffen werden mußte.<sup>56</sup> Dadurch können doch ehemalige Patienten des Lindenhauses den Mordaktionen zum Opfer gefallen sein. Dies wird einer genaueren Aufarbeitung der Patientenakten bedürfen.

### *Die Mühsal des Alltags*

Müllers Alltag während des Krieges war aber nicht nur von der großen Gewissensentscheidung geprägt, die Ermordung der Kranken mit vorzubereiten oder seinen christlichen Werten zu folgen, sondern er stand noch einer ganzen Reihe anderer Probleme gegenüber. Die Anstalt hatte wohl auch wegen der sprichwörtlichen Sparsamkeit der Lipper schon immer unter Ärztemangel gelitten. Die Regierung tat sich schwer, die Ärzte zu verbeamten, ihnen die Oberarztstelle zu übertragen oder verschiedene Zeiten für die Bezahlung anzurechnen. Insofern sahen sie sich nach besseren Stellen um. Alle Interventionen Müllers, die finanzielle Besserstellung zu unterstützen oder den „Unabkömmlichkeitsantrag“ durchzusetzen, nutzten in der Regel wenig.

In einem Falle wurde das Lindenhaus als Abschiebeort für einen unliebsamen und zum Teil aus fachlichen Gründen untragbar gewordenen Arzt genutzt. Müller mußte damit fertig werden, daß der strikte Parteigenosse, der internistische Oberarzt Martin Kretschmer des Landeskrankenhauses Detmold, von ihm in die Psychiatrie eingearbeitet werden mußte, wobei diesem das Fachgebiet Psychiatrie fremd und unsympathisch war und er die Irrenanstalt als eine Zu-

mutung empfand. Müllers gut durchdachte Vorschläge, wie Kretschmer anderweitig in Lemgo internistisch eingesetzt werden könnte, führten zu einem strikten Verweis von Wedderwille:

Ich erwarte danach, daß alle weiteren Eingaben und Vorstellungen Ihrerseits künftig unterbleiben und daß Sie Dr. Kretschmer zu einer Haltung und Betätigung anhalten, die den gegebenen Verhältnissen Rechnung trägt. Dr. Kretschmer muß endlich aufhören zu glauben, daß er irgendwelche Forderungen zu stellen bzw. die Landesregierung etwas für ihn zu tun hätte, nachdem ausschließlich er allein die gegenwärtige Situation verschuldet hat.

Künftig werde ich offenen Widerspruch oder passive Resistenz der Anstaltsleitung, wie des Beamten mit Disziplinarmaßnahmen begegnen.<sup>57</sup>

Über der Anstalt schwebte während des Jahres 1942 ein längeres Untersuchungsverfahren wegen Unregelmäßigkeiten des Gutsverwalters Sievert. Als dieser den ehemaligen Leiter Alter einschaltete, der Sievert Privilegien zugestanden hatte, und Alter in seiner ruppigen Sprache auch noch Müller zumindest indirekt beleidigte, kam es zwischen den ehemaligen Kollegen zum Schlagabtausch. Müller erfuhr von der Regierung keine Unterstützung und mußte sich von Alter sagen lassen:

Ich sehe daher keinen Anlaß, mich bei Ihnen zu entschuldigen, erwarte allerdings ebensowenig eine Entschuldigung von Ihnen, der Sie mir Ihre ganze Existenz zu danken haben: Mein Urteil über Sie steht fest. Sie und Ihre Einbläser sind auch die letzten, die das wegwischen könnten, was ich für das Land Lippe, für Lindenhaus und das Kolonat Entrup geleistet habe.<sup>58</sup>

Im Alltag galt es also eine Fülle von Tätigkeiten zu bewältigen: Sich immer wieder um Patienten aus den westfälischen Anstalten bemühen, um die Überweisungsverträge mit dem Provinzialverband zu erfüllen, sich gegenüber der Regierung ständig wegen des höheren lippischen Pflegesatzes im Gegensatz zu Westfalen rechtfertigen müssen, in der Anstalt Platz schaffen, um Gebäude an andere Institutionen abzugeben, Personal halten oder neu einstellen, Streitigkeiten schlichten, Verstöße reglementieren, selbst Wohnraum abgeben, um andere Wohnungslose aufzunehmen u.a.<sup>59</sup> In den Personalakten des Lindenhauses finden sich von Müller unzählige Dienstzeugnisse, Begutachtungen für Stellenbesetzungen im ärztlichen Bereich, beim Pflegepersonal, im Wirtschaftsbetrieb, in der Verwaltung. Immer wird deutlich, wie Müller um Korrektheit bemüht war, fast um jede Formulierung rang, was sich an den Korrekturen zeigt. Er versuchte, dem Beurteilten gerecht zu werden und dem, was er als Wahrheit ansah, treu zu bleiben.<sup>60</sup> Kennt man die Gründlichkeit Müllers und berücksichtigt, daß er ja auch noch allein 450 bis 530 Kranke in der Anstalt ärztlich zu versorgen hatte, dürfte ein 16- bis 18-Stunden-Tag realistisch gewesen sein. In einem der wenigen persönlichen Briefe, die zugänglich sind, dringt ein wenig

durch, wie es ihm zumute gewesen sein mag. Dieser Brief ist kurz vor Weihnachten 1942 an seinen Freund Max Thumm gerichtet, der kurze Zeit im Lindenhäus unter Dr. Alter als ärztlicher Kollege tätig gewesen war. Müller entschuldigt sich dafür, daß er Thumm hoffentlich nicht gelangweilt hat,

weil ich den Brief mißbraucht habe, um einmal wieder abzureagieren.

Eigentlich liegt uns anderes ja viel näher: der schwere Ernst, der durch die Kriegswirtschaftslage auf uns lastet, die unermesslichen Opfer, die schon gefordert sind und noch nötig sein werden, – daneben sollten alle anderen Gedanken und Sorgen zu einem Nichts zusammenschrumpfen. Und an diesem Abgrund noch die planmäßig betriebene religiöse Entseelung.

Wir hoffen, in diesem Jahre – wohl zum letzten Male – noch einmal unsere Drei (oder jetzt vier) [gemeint war wohl die zukünftige Frau des Sohnes, J.M.B.] um uns vereinigen zu dürfen; es wird eine stille, wehmütige Feier werden, ohne Gabentisch, mit kleinem Baum, zu dem vom Vorjahre aber noch Lichter da sind. So wird es, wenn auch mit etwas anderer Färbung, wohl in den meisten Familien aussehen. Und was sollen wir uns zum Neuen Jahre gegenseitig wünschen? Wir wissen es nicht und können uns nur an das altbewährte Wort halten „daß denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen müssen“, möchten wir doch immer mehr zu dieser Schar gehören.<sup>61</sup>

### *Der westfälische 'Euthanasie-Prozeß'*

Im Herbst 1945 stellte die Westfälische Provinzialverwaltung interne Ermittlungen darüber an, ob Ärzte oder andere Bedienstete des Verbandes an den Verlegungs- und Mordaktionen gegen die Geisteskranken der Provinzial-Heilanstalten beteiligt gewesen waren. Die Ermittlungen verliefen schleppend. Erst im Januar 1947 wurde dem Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen der Abschlußbericht vorgelegt. Damit schien der 'Vorgang' abgeschlossen zu sein. Da inzwischen der Generalstaatsanwalt Düsseldorf für den Bereich Rheinprovinz ein Ermittlungsverfahren wegen der 'Ermordung der Geisteskranken' eingeleitet hatte, hielt man ein solches Verfahren auch für Westfalen notwendig. Im August 1948 wurde Anklage gegen den ärztlichen Direktor der Heilanstalt Warstein, Dr. Petermann, seinen Abteilungsarzt Dr. Stolze und den Landesverwaltungsrat Dr. Schneider erhoben. Die Angeklagten hatten, als die aus den Meldebögen zusammengestellten Deportationslisten aus Berlin zurückkamen, die westfälischen Provinzialanstalten bereist. Dort überprüften sie mit Hilfe der leitenden Ärzte die Listen, strichen arbeitsfähige Kranke, diagnostizierten um oder entließen auch einzelne Patienten.<sup>62</sup>

Dr. Georg Müller und Dr. Karsten Jaspersen aus Bethel, der Müller seinerzeit über den Sinn der Meldebögen informiert hatte, wurden in diesem 'Euthanasie'-Prozeß als Zeugen berufen. Aus diesen westfälischen Anstalten, deren

Träger ja nicht der Provinzialverband war, waren keine Kranken deportiert worden, weder während der zentralen Meldebogenaktion noch später während der dezentralen Euthanasiemaßnahmen. Anders in den sieben Heil- und Pflegeanstalten des Provinzialverbandes. Hier wurden insgesamt 5.736 Patienten verlegt, von denen 2.896 Patienten durch aktive Tötung ums Leben kamen. Das war etwa ein Drittel aller Patienten dieser Heilanstalten.<sup>63</sup>

Der Prozeß mit mehreren Revisionen zog sich von 1948 bis 1959 hin. In den verschiedenen Urteilen wird auf die Ereignisse im Lindenhaus und in Bethel eingegangen. In dem Urteil des ersten Revisionsprozesses vom 29. August 1949, in dem die beiden Ärzte Dr. Stolze und Dr. Petermann weiterhin freigesprochen, aber der Landesoberverwaltungsrat a.D. Dr. Schneider schuldig gesprochen wurde, werden die Ereignisse in Bethel und Lindenhaus so bewertet:

Der Ablauf der Ereignisse in Bethel und Lindenhaus zeigt, daß dort die Transporte in die Euthanasieanstalten nur darum nicht durchgeführt wurden, weil überraschend im Sommer 1941 die Aktion abgestoppt wurde, ein Ereignis, das außerhalb der Erkenntnis- und Einflußmöglichkeiten der Angeklagten lag. Nach der Lage, wie sie sie beurteilen konnten und mußten, konnten sie daher der Überzeugung sein, daß mit der Art, wie sie das Euthanasieprogramm sabotiert haben, den Kranken mehr geholfen war als mit der Art, zu der sich die Ärzte in Bethel und Lindenhaus entschieden haben.<sup>64</sup>

In der Begründung des zweiten Revisionsprozesses vom 2. Dezember 1953, der für die beiden angeklagten Ärzte endgültig zum Freispruch führte, heißt es darüber hinausgehend:

Die Angeklagten hatten ihre Entscheidung im Drange überwältigender Geschehnisse im Angesicht der ihnen anvertrauten von der Vernichtung bedrohten Kranken zu treffen. [...] Vor der Wucht der konkreten und fordernden Situation wird gerade der verantwortungsbewußte Arzt zunächst und in erster Linie auf die Rettung wenigstens eines Teiles der Kranken bedacht sein, selbst wenn ihm dies nur um den Preis entfernter Mitwirkung an der Aktion möglich ist.

Nur unter solchen Umständen ist es auch verständlich, daß fast alle Ärzte, die sich in ähnlicher Situation wie die Angeklagten befanden, sich ebenso oder ähnlich wie diese entschieden und verhalten haben. Selbst der Direktor der Heilanstalt Lindenhaus, der Zeuge Dr. Müller, der sich als einziger Arzt in ganz Westfalen völlig passiv verhalten hat, bekam Bedenken an der Richtigkeit seiner Haltung, als bald SS-Ärzte in Lindenhaus erschienen, die Meldebogen im Sinne der Euthanasieaktion ausfüllten und ihm abschließend sagten, er hätte gerade von seinem Standpunkt richtiger getan, wenn er selbst die Bogen ausgefüllt hätte, da er dadurch das Ergebnis in seinem Sinne hätte beeinflussen können. Wohl deswegen erklärte er auch in der Hauptverhandlung nach Abschluß seiner Vernehmung sich noch einmal zu Worte meldend, daß er es durchaus verstehen könne und es ausdrücklich als ehrenhaft anerkennen wolle, daß andere Ärzte auf ihrem Posten geblieben seien, um möglichst viele Kranke zu retten, und daß diese Entscheidung letztlich eine „Frage der Persönlichkeitsartung“ sei.<sup>65</sup>

Der Tenor der Begründung lautet also, aktive Weigerung sei Passivität und somit minder hoch zu bewerten als bewußte, vermeintlich sabotierende Mitarbeit. In Bethel hatte man sich im Sommer 1940 entschieden, statt der Meldebögen Karteikarten für die Berliner Kommission vorzubereiten. Man wollte durch die eigenen Bewertungsvorgaben möglichst viele Kranke retten. Müller war dieses Vorgehen bekannt, doch er hatte es für sich als unannehmbar abgelehnt.<sup>66</sup> Über Bethel heißt es in der gleichen Urteilsbegründung:

Man hat sich [in Bethel, J.M.B.] entschieden, die anfänglich passive Haltung aufzugeben, an der im wesentlichen von den SS-Ärzten durchgeführten Überprüfung der Verlegungslisten teilgenommen und „den Standpunkt vertreten, ein „Salvieren des eigenen Gewissens“ sei – da egozentrisch – weniger hoch zu bewerten als eine sabotierende Mitarbeit.“ [...] „Der verstorbene Pastor von Bodelschwingh – Leiter der Anstalten – hat sich in Bethel ebenfalls gegen ein völlig passives Verhalten gewandt und sich für eine Einschaltung in das Euthanasieprogramm ausgesprochen, um dann [...] „beweglichen Widerstand leisten“ zu können.“<sup>67</sup>

Der letzte Revisionsprozeß endete im Sommer 1959 mit einem Freispruch des angeklagten Verwaltungsbeamten Dr. Schneider. Nun war juristisch abgesegnet, daß die Mitarbeit an den Tötungen unumgänglich gewesen war, um möglichst viele Kranke zu retten. In der Urteilsbegründung wird erläutert, daß der Angeklagte kein Unrechtsbewußtsein haben konnte, da im Rahmen der nationalsozialistischen Rassenideologie Geisteskranke wegen ihres Unwertes zu töten waren. Diese unter den Nazis gültige Norm führte zum Freispruch.<sup>68</sup> Zu einer ähnlichen Urteilsbegründung eines Freispruchs in einem der letzten Euthanasieprozesse schrieb Dolf Sternberger am 10. Juli 1972 in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“:

[Der Angeklagte, J.M.B.] hatte, sagt das Gericht, kein Unrechtsbewußtsein. Um so schlimmer. Er hätte es haben müssen. Er hätte es auch haben können. Dieser Begriff ist unsinnig, jedenfalls hier: 'Unrechtsbewußtsein'. Heißen mußte es: Gewissen. Mangel an Unrechtsbewußtsein, das ist in den meisten Fällen doch ein Mangel an Gewissen. 'Gewissenlosigkeit' gilt sonst als scharfer Tadel, auch im Strafprozeß. Hier wird sie als Entschuldigung genommen. Stünde Hitler vor diesen Richtern, sie müßten ihn freisprechen, denn er hatte kein Gewissen, [...] Diese Richter und Geschworenen geben ihm noch nachträglich recht, der gesagt hat, er sei berufen, die Menschen von der Chimäre des Gewissens zu befreien. Es scheint ihm weitgehend gelungen zu sein.<sup>69</sup>

Es bleibt die Frage, wieso ein Mann wie Georg Müller, der ursprünglich an die Nazis geglaubt hatte und die Sterilisierungspraxis bis zum Ende des Krieges unterstützte, in der Frage der Tötung der Geisteskranken seinem Gewissen folgte. Die etablierte Gesellschaft hatte auf die eine oder andere Weise vor Hitler kapituliert. Moralische Grundsätze und christliche Gebote wie 'Du sollst nicht töten' waren praktisch verschwunden.

Die Soziologin Hannah Arendt kommt in ihrer Studie über die 'Banalität des Bösen' zu dem Schluß, daß die wenigen, die noch Gut und Böse auseinanderzuhalten vermochten, sich ausschließlich auf ihr eigenes Urteilsvermögen verließen.<sup>70</sup> Andere empirische Studien unterstützen diese Sicht und belegen, daß Faktoren wie soziale Schicht, Bildungsstand, Konfessions- oder Parteizugehörigkeit keinerlei Rolle bei der Entscheidung spielten, ob jemand leidenden Mitmenschen half. Nechama Tec's Fazit lautet beispielsweise: „Die Retter empfanden ihr eigenes Verhalten als selbstverständlich – sie wandten sich spontan gegen die Schrecken ihrer Zeit.“<sup>71</sup>

### *Die Nachkriegsjahre*

Nach dem Krieg mußte sich Müller wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft rechtfertigen. Er schrieb an den Prüfungsausschuß:

Zum Eintritt entschloß ich mich, weil ich zur Rettung des damals zusammenbrechenden Deutschen Reiches eine starke, mit diktatorischer Gewalt ausgerüstete Regierung für unumgänglich nötig hielt. Etwaige Bedenken gegen die Partei in mir unterdrückte ich aufgrund der irrigen Meinung, daß [...] die Partei auf dem Boden des positiven Christentums stehe. Im Laufe der Zeit, [...] habe ich mehr und mehr erkannt, wie das Deutsche Volk terrorisiert und planmäßig irre geführt wurde und daß Hitler schließlich Unheil über Deutschland herbeiführen werde.<sup>72</sup>

Müller mußte im Rahmen der Entnazifizierung auch Anordnungen der Militärbehörde gegenüber Mitarbeitern durchführen, so z.B. einem ehemaligen Oberarzt seine Entlassung übergeben, dessen Konten und sonstige Vermögenswerte sperren. In etlichen Verfahren mußte er Stellung nehmen, wie der Mitarbeiter sich politisch verhalten und geäußert hatte. Er tat es vorsichtig, aber korrekt und war jemand wirklich nur durch die NSDAP weitergekommen, wurde das eher deutlich in dem, was er nicht sagte.<sup>73</sup>

Nach Einarbeitung und Übernahme der Amtsgeschäfte durch die neuen Ärzte im Lindenhaus ging Georg Müller zum 1. April 1946 in den Ruhestand.<sup>74</sup> Er wohnte bis zur Schließung der Anstalt mit seiner Frau auf dem Gelände. Eine Rückkehr nach Bremen, wie er sie ursprünglich nach der Pensionierung geplant hatte, war nicht mehr möglich, da das 1937 in der Richard-Wagner-Str. Nr. 6 erworbene Haus im Krieg völlig zerstört worden war und das Ehepaar das Trümmergrundstück verkauft hatte.<sup>75</sup> Die Verabschiedung aus dem Dienst geschah so unauffällig, wie Georg Müller immer gelebt hatte. Der Regierungspräsident Heinrich Drake schrieb:

Sie sind nach Ihrer Versetzung in den Ruhestand als Direktor der Heil- und Pflegeanstalt Lindenhaus weiter im Dienst verblieben. In schwieriger Zeit haben Sie im Interesse der Kranken in vorbildlicher Weise Ihr Amt versehen. Sie treten nunmehr

in den Ruhestand zum 1. April 46 zurück. Für Ihre Tätigkeit spreche ich Ihnen meinen besonderen Dank aus.<sup>76</sup>

Zum 75. Geburtstag Georg Müllers versuchte der Lemgoer Lehrer und Heimatforscher Dr. Karl Meier, in der „Neuen Lippischen Rundschau“ einen Artikel unterzubringen. Er würdigte darin Müllers Verhalten während der Euthanasieaktionen gegen die Geisteskranken. Dieser Artikel führte innerhalb der Rundschau zu einem Eklat. Der Redakteur, der den Artikel gerne veröffentlicht sehen wollten, mußte dem engagierten Heimatforscher mitteilen:

selbst Männer, die Sie und ich als „sehr vernünftig“ ansprechen, raten dringend davon ab, den von der Rundschau schon zweimal behandelten Vorfall nun anlässlich des Geburtstages der Leserschaft nochmals vorzusetzen. [...], es sei wohl nicht ratsam, die Bürgerschaft nun nach 15 Jahren nochmals mit tiefbeschämenden Vorgängen zu erregen, auf deren Gestaltung sie selbst keinerlei Einfluß und von denen sie keine Kenntnis gehabt habe. [...] Hier [herrscht] doch der Gedanke vor, daß man bei aller Würdigung der Verdienste von Dr. Müller Dinge ruhen lassen sollte, die in ihrer ganzen Entsetzlichkeit nicht den Verantwortlichen, sondern nur den Deutschen schlechthin angekreidet werden.<sup>77</sup>

Schämte man sich, weil einer gezeigt hatte, daß man auch in dieser Zeit, trotz der Unterstützung der rassehygienischen Sterilisationsmaßnahmen, anderen ethischen Grundsätzen treu bleiben können? Oder war diese Haltung Ausdruck des allgemeinen Verdrängens, Vergessens, des Nicht-gewußt-haben-Wollens der 50er Jahre?

Georg Müller starb im Juli 1961 im 81. Lebensjahr ganz plötzlich an Herzversagen. Er ist in Lemgo begraben. In der Stadt, in der er fast 40 Jahre gearbeitet und über 50 Jahre gelebt hat, erinnert nichts an ihn.

## Anmerkungen

1. Der Artikel ist eine veränderte und erweiterte Fassung einer Radiodokumentation mit gleichem Titel, die am 18. August 1995 von Radio Bremen 2 ausgestrahlt wurde. Ich möchte mich bei den nachfolgenden Personen sehr herzlich bedanken, da sie auf verschiedene Weise die Entstehung dieser beiden Werke unterstützt haben: Herrn Dr. Wolfgang Bender, Staatsarchiv Detmold; Herrn Günter Demin, Radio Bremen; Herrn Prof. Dr. Dr. Klaus Dörner, Gütersloh; Frau Elisabeth Kipling, Lemgo; Frau Helga Nolzen, Detmold; Herrn Johannes Vossen, Werther; Herrn Christian Zechert, von Bodelschwingsche Anstalten Bethel.
2. Heinrich Kiewning, Fürstin Pauline zur Lippe 1769 – 1820. Detmold 1932, S. 155 ff.
3. Erich Friedländer, 25 Jahre Kolonie Entrup der Anstalt Lindenhaus. Lippische Landeszeitung vom 1. Juli 1931.
4. Hermann Simon, Aktivere Krankenbehandlung in der Irrenanstalt. Teil 1. in: Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie (AZP), Bd. 87, 1927, S. 97-145; Teil 2. Erfahrungen und Gedanken eines praktischen Psychiaters zur Psychotherapie der Geisteskrank-

- heiten, in: AZP, Bd. 90, 1929, S. 69-121; Schluß. Erfahrungen und Gedanken eines praktischen Psychiaters zur Psychotherapie der Geisteskrankheiten, in: AZP, Bd. 90, 1929, S. 245-309.
5. Georg Müller, Zur quantitativen Beeinflussung der Zuckerausscheidung nach Verfütterung verschiedener Eiweißstoffe resp. Kohlehydrate. Inaugural-Dissertation an der Friedrich-Alexanders-Universität, Erlangen 1906.
  6. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte Dr. Müller (diese enthält 4 Unterakten, die nicht extra verzeichnet, aber bezeichnet sind; diese Bezeichnung wird im folgenden jeweils aufgeführt) Akte 1, Blatt 1, 2, 4, Lebenslauf und Bewerbungsunterlagen.
  7. StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 1, Blatt 36, Schreiben des Präsidenten des lippischen Landtags, No. 1078, 26. März 1912; StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 1, Blatt 39, Urlaubsgesuch von G. Müller an die lippische Regierung vom 11. August 1912.
  8. D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 115, Schreiben Müllers vom 24. Januar 1938 über seine Zugehörigkeit zur NSDAP.
  9. Insbesondere in den Zeitschriften Allgemeine Zeitschrift für Psychiatrie (AZP); Psychiatrisch-Neurologische Wochenschrift (PNW); Zeitschrift für die gesamte Neurologie und Psychiatrie (ZNP) finden sich ab den Jahren 1918 Publikationen von Alter, Friedländer und Müller, wobei Friedländer am meisten veröffentlichte.
  10. StADT, L 80 Ic XXIII, 71, Nr.75, Bd. VII, Direktor und Ärzte in der Irrenanstalt.
  11. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 119, Beurteilung vom Geheimen Regierungs- und Medicinalrat Dr. Alter für Herrn Dr. Müller vom 1. Februar 1927.
  12. StADT, L 80 Ic XXIII, 71, Nr.75, Bd. VII, Schreiben des Leiters der Lippischen Fürsorgeabteilung Medizinalrat Dr. Corvey an die Lippische Regierung, Abteilung des Innern vom 23. April 1927.
  13. StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 1, Blatt 176, Schreiben der Lippischen Regierung, Abteilung des Innern vom 12. Juli 1927.
  14. Reinhard Wulfmeyer, Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat. Bielefeld 1987, S.3-13.
  15. Wulfmeyer, Lippe 1933. S. 47.
  16. Wulfmeyer, Lippe 1933. S. 57 f.
  17. Wulfmeyer, Lippe 1933. S. 78 ff.
  18. StADT, L 107 D, 5b, Nr. 25, Personalakte Friedländer, Schreiben der lippischen Landesregierung an Friedländer vom 27. März 1933.
  19. StADT, L 107 D, 5b, Nr. 25, Personalakte Friedländer, Berechnungen und Schreiben zu dem Warte- und Ruhegeld.
  20. Mündliche Mitteilung von Frau Elisabeth Kipling und Frau Gertrud Müller, Lemgo, Töchter von Dr. Georg Müller.
  21. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 125, Schreiben der NSDAP an den Reichsstatthalter vom 24. März 1938, Müllers NSDAP Nr. war 2 483 307.
  22. StADT, L 80 Ic, XXIII, 71, Nr.75, Bd. VII, Schreiben Müllers an die Lippische Regierung, Fürsorgeabteilung, Medizinalrat Dr. Corvey vom 3. Mai 1933.
  23. Erlasse des Reichs- und Preußischen Ministers des Innern vom 2. September 1936, 7. Dezember 1936, 22. April 1937 und 28. Juni 1937, in: J. Grotkopp, Beamtentum und Staatsformwechsel. Die Auswirkungen der Staatsformwechsel von 1928, 1933 und 1945 auf das Beamtenrecht und die personelle Zusammensetzung der deutschen Beamtenschaft. Frankfurt/Main 1992, S. 152.
  24. StADT, D 99, Nr. 1449, Blatt 130, Schreiben Theopolds an den Reichsstatthalter vom 15. Oktober 1937.

25. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 118, Chronologische Tatsachendarstellung Müllers, ohne Datum, aus dem Jahre 1937.
26. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 121, Schreiben des Gauamtsleiters Steincke an den stellvertretenden Staatsminister, Kreisleiter Pg. Wedderwille vom 28. Januar 1938.
27. StADT, L 113, 235, Bd. 2, Doku 314 vom 29. Oktober 1937 Beschwerde von Mitarbeitern der Anstalt beim Kreisleiter der NSDAP über Müllers mangelhafte nationalsozialistische Gesinnung; StADT 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 117.  
StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 147, Ernennung zum 24. Dezember 1938 mit Schreiben vom 30. Dezember 1938.
28. Heinz Faulstich, Von der Irrenfürsorge zur 'Euthanasie'. Geschichte der badischen Psychiatrie bis 1945. Freiburg/Br. 1993, S. 176.
29. Preußischer Sterilisationsgesetzentwurf von 1932, s. z.B. H.-W. Schmuhl, Rassenhygiene, Nationalsozialismus, Euthanasie. Von der Verhütung zur Vernichtung 'unwerten Lebens'. Göttingen 1992<sup>2</sup>. Das Gesetz: StADT, D 102, Nr. 229, veröffentlicht im Reichsgesetzblatt Teil 1, Berlin, 25. Juli 1933, Nr. 86.
30. Heinz Faulstich, S. 176; Uwe Kaminsky, Innere Mission und Eugenik. In: Diakonie. Theorien, Erfahrungen, Impulse, Nr. 5 – Innere Mission im NS-Staat, 1993, S. 308-312; hier S. 309, 311.
31. Karl Heinz Roth, „Erbbiologische Bestandsaufnahme“ – ein Aspekt „ausmerzender Erfassung“ vor der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges. In: Erfassung zur Vernichtung. Von der Sozialhygiene zum „Gesetz über Sterbehilfe“. Hg. von Karl Heinz Roth. Berlin 1984, S. 57-100; hier S. 76-80.
32. StADT, L 107 D, 5b, Nr. 72, Personalakte Dr. Runte, Schreiben Müllers an Herrn Regierungsdirektor Oppermann vom 1. März 1938.
33. StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 2, Blatt 102, Schreiben des Landgerichtspräsidenten an Dr. Müller.
34. StADT, L 107 D, unverzeichnete Patientenakten, hier Paula F.
35. StADT, L107 D – s. Anm. 36, hier Wilhelm R.
36. Christian Zechert, Zwangssterilisationen „erbkrankverdächtiger“ Patientinnen der psychiatrischen Abteilung Sarepta's in den v. Bodelschwingschen Anstalten Bethel (vBAB) zwischen 1934 – 1945. Zusammenfassender Bericht über die Auswertung der im Hauptarchiv der vBAB gelagerten Krankengeschichten ehemaliger psychiatrischer Patientinnen von Magdala. KG 3761. Internes Diskussionspapier 28. März 1993, S. 11.
37. StADT, L 80 Ic, XXIV, 4, Nr. 7, Zulassungen von Anstalten zur Durchführung von Unfruchtbarmachungen 1933-1944.
38. Sabine Hanrath, Von der Reformpsychiatrie zur Psychiatrie unterm Hakenkreuz. Professionalisierung der lippischen Anstaltspsychiatrie im Zeitraum von 1923 bis 1939. Schriftliche Hausarbeit im Rahmen der Magisterprüfung in Geschichtswissenschaften. Universität Bielefeld 1995, S. 120 f.
39. Götz Aly, Die „Aktion T4“ und die Stadt Berlin. In: Totgeschwiegen 1933\_\_1945. Zur Geschichte der Wittenauer Heilstätten. Seit 1957 Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik. Hg. von Arbeitsgruppe zur Erforschung der Geschichte der Karl-Bonhoeffer-Nervenklinik. Berlin 1989<sup>2</sup>, S. 137-150, hier: S. 139.
40. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, Die „Aktion“ zur Ausmerzungen der Geisteskranken wie ich sie erlebte. Undatiertes Schreiben von Müller.
41. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“ Brief von Jaspersen an Müller vom 23. Juli 1940; Abschriften von Thumms Brief an Müller vom 12. Juli und

12. August 1940, Brief Müllers an Thumm vom 9. August 1940; s. auch Heinz Faulstich, Von der Irrenfürsorge zur 'Euthanasie'. Geschichte der badischen Psychiatrie bis 1945. Freiburg/Br. 1993, S. 270 ff.
42. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“.
43. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, Brief Müllers an Regierungsrat Heine vom 15. August 1940; s. auch Anm. 38.
44. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, Brief Müllers vom 3. März 1941 an Rechtsanwalt Tölle, Detmold.
45. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, Offizielles Gesuch um Versetzung in den dauerhaften Ruhestand Müllers an die Lippische Regierung vom 7. Mai 1941. D 99, Nr. 1425, Personalakte, Blatt 164, Amtsärztliches Gutachten vom 22. Mai 1941.
46. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, z.B. Schreiben Müllers an Wedderwille vom 13. März 1941.
47. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Briefwechsel mit seinem Schwager Richard Rüttnick aus Bremen vom 28. Juli, 7. August, 13. August 1940.
48. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Anlage zum offiziellen Gesuch um Versetzung in den dauerhaften Ruhestand, Schreiben Müllers an Wedderwille vom 7. Mai 1941.
49. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Antwortschreiben Wedderwilles an Müller vom 12. Mai 1941.
50. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Brief Müllers an seinen Schwager Richard Rüttnick vom 1. März 1941 und Brief an RA Tölle vom 3. März 1941.
51. StADT, D 99, Nr. 1425, Personalakte.
52. Adolf Hitler, Mein Kampf S. 399 f; zitiert nach StADT, L 107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, ehemalige Bauzeichnung, auf der das zitiert ist.
53. HStAD, NW 1072, IB 279, Entnazifizierungsakte Dr. Heinrich Czerlinsky, Schreiben Müllers vom 15. Februar 1949 – freundlicherweise von Johannes Vossen zur Verfügung gestellt.
54. Persönliche Mitteilung von Sabine Hanrath (s. Anm. 38); ferner freundlicherweise zur Verfügung gestellt: BA Koblenz, R 96 I/7 Abschlußbericht über Planung Lippe vom 30.-31. Juli 1942
55. StADT, L 107 D, s. Anm. 36, z.B. Gutachten für Gustav Sch.
56. L 80 Ic, XXIII, 10, 9, Schreiben vom 27. Dezember 1944, aus dem hervorgeht, daß das Lindenhaus dem Krankenhaus Detmold 3 Häuser zur Verfügung gestellt hat.
57. StADT, D 99 Nr. 1416, Personalakte Dr. Martin Kretschmer, Schreiben Wedderwilles an Müller vom 2. März 1940.
58. StADT, D 99, Nr. 1436, Personalakte Sievert, Faltordner „Betr. Verfehlungen des Gutsinspektors Sievert in Entrup“ und „Zu den Pers. Akt. Gutsinsp. Sievert“, Schreiben Alters an Müller vom 26. November 1941 und Schreiben Müllers an die Lippische Landesregierung vom 31. Januar 1942.
59. StADT, L 80 Ic, XXIII, 80, 122 I u. II; . StADT, D 100, Nr. 150, Inanspruchnahme von Gebäuden der Anstalt Lindenhaus, Brake; StADT, D 99, Nr. 1425, Akte 2, Blatt 137, Schreiben von Martha Müller an Oberinspektor Voss wegen vermeintlich widerrechtlichen Mieteinnahmen vom 4. September 1946.
60. StADT, L107 D, 5b, Nr. 90, Blatt 54, Zeugnis für den Oberarzt Stier vom 21. September 1942; D 99, Nr. 1373, Personalakte Deppe, Schreiben Müllers an die Lippische Regierung vom 25. Januar 1939, Beurteilung von Oberpfleger Deppe und Lin-

- nemeier anlässlich einer Bewerbung; L 107 D, 5b, Nr. 37, Schreiben Müllers an die Lippische Regierung wegen der Übertragung der Oberarzt-Stelle an Dr. Hollwede vom 28. November 1941.
61. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, Brief Müllers an Freund Thumm vom 21. Dezember 1942.
  62. Karl Teppe, Bewältigung von Vergangenheit? Der westfälische „Euthanasie“-Prozeß. In: Nach Hadamar. Zum Verhältnis von Psychiatrie und Gesellschaft im 20. Jahrhundert. Hg. von Franz-Werner Kersting, Karl Teppe, Bernd Walter. Paderborn 1993, S. 202-252, hier 205-211.
  63. Karl Teppe, Massenmord auf dem Dienstweg. Hitlers „Euthanasie“-Erlaß und seine Durchführung in den Westfälischen Provinzialanstalten. Hg. von Der Direktor des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe. Münster 1989, 34 S., hier S. 20.
  64. Urteilsbegründung 1. Revisionsprozeß, Münster 29. August 1949, Bd II, Bl. 192 – 237, hier: S. 54. (Kopien der Urteilsbegründung wurden mir von privater Seite zur Verfügung gestellt; die Prozeßakten sind im Nordrheinwestfälischen Staatsarchiv Münster unter StA-Ms 155/30 zugänglich).
  65. Urteilsbegründung 2. Revisionsprozeß – abgetrenntes Verfahren – Dr. Petermann, Dr. Stolze, Münster, 2. Dezember 1953, Bd. V, 75 – 189, hier: S. 105 f (Bl. 183 f).
  66. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte Meldebogenaktion, Brief an Schwager Richard Rüttnick vom 1. März 1941
  67. Urteilsbegründung 2. Revisionsprozeß, S. 106 f (Bl. 184 f).
  68. Karl Teppe, Bewältigung von Vergangenheit, S. 227.
  69. Dolf Sternberger am 10. Juli 1972 in der FAZ, nachdem das Schwurgericht Frankfurt am 6. Juni 1972 den Arzt Dr. Borm von der Anklage nationalsozialistischer Euthanasieverbrechen wegen unvermeidbarem Verbotsirrtum freigesprochen hatte. Zitiert nach Karl Teppe, Bewältigung von Vergangenheit, S. 221, Fußnote 69.
  70. Hannah Arendt, Eichmann in Jerusalem: a Report on the Banality of Evil. New York 1964, S. 294 f. Zitiert nach Zygmunt Baumann, Dialektik der Ordnung. Die Moderne und der Holocaust. Hamburg 1992, S. 192.
  71. Nechama Tec, When Light Pierced the Darkness. Oxford 1986, S. 193. Zitiert nach Zygmunt Baumann, Dialektik der Ordnung, S. 19.
  72. StADT, L 107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, „Meine Stellung zur NSDAP“ vom 4. September 1945.
  73. StADT, L 107 D, 5b, Nr. 37, Personalakte Dr. Wilhelm Hollwede, Schreiben Müllers vom 8. Oktober 1945; StADT, D 99, Nr. 1399, Gärtner und Oberinspektor Wilhelm Hage, Schreiben Müllers vom 10. September 1948. Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, NW 1072, IB 279, Entnazifizierungsakte Dr. Heinrich Czerlinsky, Schreiben Müllers vom 15. Februar 1949.
  74. StADT; D 99, Nr. 1425, Akte 2, Blatt 141, Bescheinigung vom 2. Oktober 1948.
  75. StADT, D 99, Nr. 1425, Angabe im Fragebogen „Military Government of Germany“ – L-L-1988 IV, Entnazifizierungsfragebogen Dr. Georg Müller vom 31. März 1947, S. 11.
  76. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, Schreiben von Heinrich Drake vom 26. März 1946.
  77. StADT, L107 D, 3, Nr. 2, Handakte „Meldebogenaktion“, Schreiben des Redakteurs Rottmann an Herrn Dr. Meier vom 21. September 1955.